parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 16 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Keine Spekulationen mit Wohnungen

3 Kinderrecht, das für alle gelten muss

4 Thüringer Feuerwehren haben wieder Zulauf

5 Extreme Rechte an den Wurzeln packen

Kommentar

Licht ins Dunkel

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Wir werden uns mit dem Agieren der Treuhand und den für viele Menschen dramatischen Folgen nicht abfinden. Die traumatischen Vorgänge verlangen umfassende Aufklärung über die vielerorts verheerende Rolle der Treuhand nach der Wende. Eine Enquetekommission ist das richtige Mittel, um Licht in das Dunkel der Machenschaften der Treuhandgesellschaft in Thüringen zu bringen und den Ostdeutschen ein Stück Würde zurückzugeben.

Dabei muss auch geklärt werden, welchen Anteil die Treuhand am damaligen wirtschaftlichen Niedergang und jetzigen Nachholbedarf, exemplarisch am Thüringer Beispiel, hat. Die Treuhand hat die praktische Umwandlung der DDR-Planwirtschaft in die Marktwirtschaft zu verantworten. In Folge der Treuhandpolitik wurden viele gut aufgestellte und sanierungsfähige Betriebe abgewickelt und geschlossen. Millionen Menschen in Ostdeutschland verloren ihre Arbeit. Viele von ihnen waren jahrelang arbeitslos, wurden von einer Maßnahme des Arbeitsamts in die nächste gesteckt, andere machten sich gleich auf den Weg in die westdeutschen Länder.

Dieses Trauma hat sich in die Seele der Menschen gebrannt und wirkt bis heute nach. Mit Blick auf die Anerkennung von Lebensleistungen Ostdeutscher gehört es sich, das durch die Treuhand verursachte Desaster aufzuklären. Nur so können wir auch eine Wiedergutmachung einfordern.

Auf Hochtouren

Thüringen stellt so viele Lehrerinnen und Lehrer ein wie noch nie

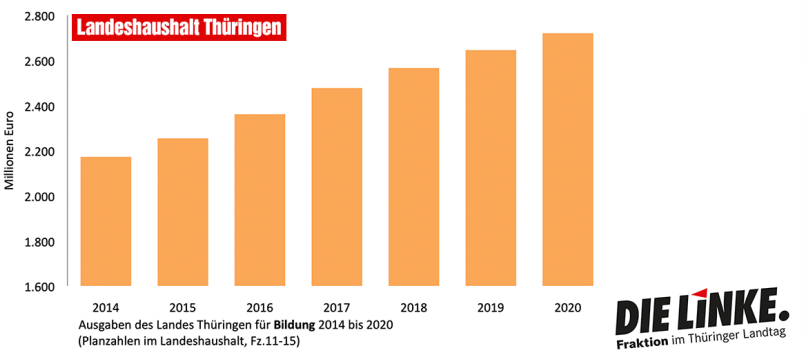
Die Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer läuft in Thüringen weiter auf Hochtouren. Bis Anfang August waren bereits 851 bzw. 71 Prozent der in diesem Jahr zu besetzenden Stellen vergeben. Insgesamt will der Freistaat in diesem Jahr rund 1.200 Lehrkräfte unbefristet in den Schuldienst holen, neben 900 Nachbesetzungen auch 300 zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen.

Thüringen stellt so viele Lehrerinnen und Lehrer ein wie noch nie. „Wir ziehen alle Register, um jede offene Stelle auch wirklich besetzen zu können. Das Angebot der Verbeamtung und die bessere Besoldung für Regelschullehrer sind dabei wichtige Anreize“, sagte Bildungsminister Helmut Holter (LINKE) anlässlich des Schuljahresbeginns 19. August. Allerdings gehöre es zur Wahrheit dazu, dass die Situation in den Schulen angespannt bleibe. „Der bundesweite Lehrermangel macht sich auch in Thüringen bemerkbar. Umso wichtiger ist mir, Wertschätzung für unsere Lehrerinnen und Lehrer zum Ausdruck zu bringen“, so der Minister.

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Torsten Wolf, wies zudem darauf hin, dass es deutlich mehr Stellen an den Horten gibt. „Auch hier hatte die CDU eine erhebliche Problembaustelle hinterlassen. Nunmehr werden nicht nur die Einstellungen in den Vorbereitungsdienst von 600 auf 900 erhöht, sondern es gibt auch 180 zusätzliche Schulsozialarbeiter, nahezu eine Verdoppelung.

Außerdem wurde die Bezahlung von allen 3.000 Regelschullehrern deutlich verbessert, von der A12 auf die A13. Auch wurden die Mittel für Schulneubau und -sanierung in Thüringen im Vergleich zur vorherigen Legislatur versiebenfacht.“

Für unsere Kinder eine gute Zukunft.
548 Millionen Euro mehr für Bildung.



Gefährdungspotential

NPD-Zentrale in Eisenach Rückzugsort für Neonazi-Intensivtäter

Anlässlich neuer Zahlen der Landesregierung zu Neonazis und Kampfsport in Thüringen erklärte Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Die Eisenacher NPD-Zentrale ist ein Rückzugsort für Neonazi-Intensivstraftäter. Hier sind nicht nur rechte Hassprediger am Werk, die Immobilie wird zunehmend zum Unterschlupf für Gewalttäter und Neonazi-Kampfsportler.“

Zwei jungen Neonazi-Gruppen aus der Region Eisenach, die mit der NPD zusammenarbeiten, eine davon trainiert in den Räumlichkeiten sogar Kampfsport, werden alleine 75 Strafverfahren in den letzten dreieinhalb Jahren zugeordnet, darunter Sachbeschädigungen und mehrere Körperverletzungsdelikte. „Die behördlichen und auch repressiven Maßnahmen gegen die Immobilie und ihre Nutzer sollten, da wo rechtlich möglich, weiter ausgeschöpft und verstetigt werden“, sagte Katharina König-Preuss.

Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten listete die Landesregierung Ermittlungsverfahren wegen Straftaten auf, die den örtlichen Gruppierungen „Nationalen Aufbau Eisenach“ und „Knockout51“ zugerechnet werden. Dabei entfallen drei auf 2015, 17 auf 2016, 36 auf 2017 und 19 auf 2018 sowie ein Ordnungswidrigkeitsverfahren 2017 „Dabei handelt es sich nur um das polizeiliche Hellfeld, das zum Beispiel durch Anzeigen oder eigene Ermittlungen bekannt wurde und bei dem Opfer bereit waren, Anzeige zu erstatten. Dass neben einfachen Körperverletzungen auch sechs bekanntgewordene gefährliche Körperverletzungen auf das Konto dieser Personenzusammenschlüsse gehen, macht das Gewalt- und Gefährdungspotential deutlich.

Erst im letzten Jahr gab es ein überregionales Treffen mit Musik von rund 80 Mitgliedern von mehreren Sektionen des militanten Netzwerkes ‚Combat 18‘ ebenso wie offenbar eine Jahresabschlussfeier überregionaler Neonazi-Kampfsportgruppen bzw. Labels ‚Wardon 21‘ und ‚Kampf der Nibelungen‘. ‚Knockout51‘ aus Eisenach tritt mit Graffitis und eigenen T-Shirts in Eisenach auf, die Gruppe trainiert in den Räumlichkeiten des ‚Flieder Volkshauses‘ der NPD in Eisenach.“

Für gute Löhne Tarifbindung wesentlich

Leukefeld: Auch in Anbetracht des Fachkräftebedarfs für bessere Entlohnung einstehen

Seit Kurzem liegen die Ergebnisse des Länderberichts Thüringen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung vor. Dabei beleuchtet das IAB-Betriebspanel, eine jährliche repräsentative Befragung von Unternehmern zur Entwicklung der Beschäftigung sowie des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, u.a. die Tarifbindung, Digitalisierung, die Personalrekrutierung oder die Beschäftigung von Geflüchteten.

„Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen ist positiv, jedoch zeigen sich erhebliche Differenzen bei den Löhnen und Gehältern. Trotz eines leichten Anstiegs des Anteils der Unternehmen mit Tarifbindung im Freistaat auf 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, reicht dies natürlich noch lange nicht aus“, reagierte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf die Ergebnisse.

„Gute Löhne hängen im Wesentlichen von der Tarifbindung ab, Unternehmerinnen und Unternehmer sollten auch in Anbetracht des zunehmenden Fachkräftebedarfs für eine bessere Entlohnung einstehen“, so die Abgeordnete weiter. Sehr zu begrüßen sei auch der Anstieg der Beschäftigung von Geflüchteten. Haben 2017 lediglich drei Prozent der Thüringer Betriebe geflüchtete Menschen eingestellt, so waren es 2018 schon sechs Prozent. An die siebzig Prozent der befragten Geschäftsführer bewerten ihre Erfahrungen mit Geflüchteten sehr positiv.

Um die Herausforderungen, wie Fachkräftebedarf und zunehmende Digitalisierung, zu bewältigen, sind „hohe Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung, gute Weiterbildungsmöglichkeiten, die aktive Gestaltung der Zuwanderung und die Vereinfachung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen wichtige Aufgaben“.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Bildungspolitik

Lehrerstellen

Die Äußerungen des Thüringer Lehrerverbandes(TLV) zum Schuljahresbeginn haben mich verwundert. Ich hatte erwartet, dass er konstruktiv mit Fragen der Bildungs- und Haushaltspolitik umgeht. Aber der Verband, der sich nicht an den mündlichen Anhörungen zum Schulgesetz beteiligte, moniert, dass Wesentliches nicht im Gesetz stehe und blendet auch alle Haushaltsmaßnahmen für den Bildungsbereich komplett aus.

Rot-Rot-Grün im Landtag hat für eine Verdoppelung der Stellen in der Schulsozialarbeit und 300 zusätzliche Referendare im Vorbereitungsdienst gesorgt. Rot-Rot-Grün hat den von der CDU für die Jahre 2018 bis 2020 geplanten Abbau von 1.734 Lehrer-Vollzeitstellen beendet und jede freiwerdende Stelle eins zu eins neu besetzt. Das sind wichtige Schritte gegen Lehrermangel und Unterrichtsausfall.

Wir gehen von mindestens 1.200 neuen Stellen für 2019 aus. Zusätzlich gibt es eine Verdoppelung der Vertretungsreserve und 300 befristete Stellen, um kurzfristig auf Personalbedarf durch Krankheit und Schwangerschaft reagieren zu können. Das sind weitere 500 zusätzliche Stellen zu den regulären 1.200. Es ist schade, dass der Thüringer Lehrerverband diese Tatsachen vollständig ignoriert.

Torsten Wolf ist bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion

„Keine Spekulationen mit Wohnungen“

Ministerin Birgit Keller berichtete im Landtag zu den Maßnahmen

Die Geraer Wohnungsbaugesellschaft mbH (GWB) Elstertal war in der letzten Plenarsitzung vor der parlamentarischen Sommerpause auf Antrag der CDU-Fraktion Thema im Landtag. Sie hatte ihre Aktuelle Stunde „Intransparenz von Immobiliengeschäften der Landesregierung in Gera“ genannt. In einem sehr ausführlichen Bericht nahm Birgit Keller, Infrastrukturministerin, zum Thema Stellung genommen.

Die Ministerin erinnerte an die Situation vor etwa 20 Jahren, als vielfach Städte in der Übertragung von kommunalem Eigentum in private Hände „den Königsweg sahen, um ihre Haushalte zu sanieren. Dazu gehörte vor allem die Veräußerung kommunaler Wohnungsbestände. Man klopfte sich auf die Schulter in dem Glauben, dass man ein erfolgreiches Modell gefunden hätte, mit dem viele Milliarden in die kommunalen Haushalte fließen würden. Es dauerte aber nicht lange, bis die Ernüchterung folgte, dass nicht alles Gold ist, was glänzt“.

Obwohl bereits vor der Veräußerung abzusehen war, dass insbesondere die Eigentümer, die Wohnungsbestände aus kommunalem Eigentum erworben hatten, oftmals nicht das Wohl der Mieterinnen und Mieter, sondern den Renditegedanken im Blick hatten, „war man sehenden Auges in die Falle gelaufen. So wurden vielerorts nach dem Verkauf Wohnungsbestände heruntergewirtschaftet und die Bewohnerinnen und Bewohner sich selbst überlassen“.

Zwar sei die Entwicklung in Gera anders verlaufen, aber nicht weniger schwierig gewesen, „denn die seinerzeitige Entscheidung, einen Teil der Geschäftsanteile an der GWB Elstertal zu veräußern, hat die Kommune nicht selbst getroffen. Sie war aufgrund der Insolvenz ihrer Stadtwerke nicht mehr Herr des Verfahrens“, so Birgit Keller weiter.

Sehr detailliert ging die LINKE Ministerin auf die Vorgänge und Entwicklungen in Gera ein und betonte schließlich: „Das Kabinett war und ist der Auffassung, dass es angesichts dieser Situation und seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge der Bitte der Stadt Gera nachkommen muss. Es wäre kein verantwortungsvolles Handeln, mehr als 5.000 Wohnungen und im schlimmsten Fall sogar fast 7.000 Wohnungen in Gera dem freien Spiel des Marktes zu überlassen.“

Die Verunsicherung vieler Mieterinnen und Mieter, die heute schon nicht nur in Berlin und München und nicht nur in den Thüringer Städten im angespanntem Wohnungsmarkt wie in Jena, Erfurt und Weimar Sorge haben, ob sie in Zukunft ihre Miete noch bezahlen können, „würde in Gera und Thüringen weiter steigen, wenn die in Gera zum Verkauf stehenden Wohnungen an einen meistbietenden Investor mit zweifelhaftem Ruf verkauft würden. In diesem Sinne beauftragte das Kabinett am 16. April 2019 mich als die Ministerin für Infrastruktur und die Finanzministerin, den Ankauf der GWB Elstertal Anteile von Benson Elliot vorzubereiten und dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. Diesen Auftrag haben die beiden Ministerien zusammen mit dem Vorstand der Thüringer Aufbaubank in enger Abstimmung mit dem Oberbürgermeister von Gera in den vergangenen Wochen ausgeführt“.

Abschließend hatte Birgit Keller gesagt: „Zu unserem Thüringer Weg der Sicherung bezahlbarer guter Wohnungen gehört auch die Bereitschaft wie im Fall der GWB Elstertal in Gera, dafür Sorge zu tragen, dass keine privaten Spekulationen mit Wohnungen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter stattfinden werden. Wer diesen Weg, insbesondere den in Gera, für einen falschen Umgang mit öffentlichen Mitteln hält, der nimmt die sozialen Anliegen der Menschen, und dazu gehört vor allem auch eine bezahlbare und sichere Wohnung, weniger wichtig als andere finanzielle Erwägungen. Diese Regierung bekennt sich gerade im Wohnungswesen ohne Abstriche zu ihrer sozialen Verantwortung und darauf können sich Mieterinnen und Mieter in Thüringen verlassen.“

Kindergrundsicherung

Dieses Existenzminimum muss für alle Kinder garantiert sein

Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm. Aus Sicht von 90 Prozent der Kinder kümmert sich die Politik nur unzureichend um dieses Problem. Zwei Drittel der Erwachsenen wären bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn dadurch die Kinderarmut bekämpft werden würde. Dies sind zentrale Ergebnisse des Kinderreports 2018.

Es stimmt leider, dass Kinderarmut gerade auf Bundesebene ein immer noch zu wenig beachtetes Thema ist. Dies hat verschiedene Gründe. Unser Armutsbild ist von drastischer Not, Hunger und Obdachlosigkeit geprägt. Kinderarmut in Deutschland dagegen äußert sich weniger spektakulär. Oftmals wird sie daher gar nicht als solche erkannt. Dabei ist mittlerweile jedes fünfte Kind in Deutschland arm und somit von vielfältigen Benachteiligungen betroffen“, sagt die kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Kati Engel.

„Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher Versorgung. Sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und sozialen Beziehungen sind ebenso stark eingeschränkt, da sie von vielen Bereichen des Lebens - Kinobesuche oder Musikunterricht - ausgeschlossen sind. Die Tür zur Zukunft fällt da nicht ins Schloss, sie geht gar nicht erst auf.“

Die Entscheidungen der Bundesregierung zu Kinderzuschlag, Kindergeld oder Regelleistungen nach Hartz IV sind zur Verhinderung von Kinderarmut völlig unzureichend. „Ich empfinde es als höchst fahrlässig, Kindergeld auf den Unterhaltsvorschuss oder die SGB II-Leistungen anzurechnen. Damit verwehren wir den Familien, die sowieso nicht genug Geld zur Verfügung haben, auch noch das letzte bisschen Hilfe. Das hat teilweise fatale individuelle Folgen“, warnte Kati Engel.

„Kinderarmut lässt sich nachhaltig weder über eine Anhebung des Kindergeldes noch über eine Erhöhung der Regelsätze bekämpfen. Wir brauchen endlich eine eigene Kindergrundsicherung, die allen Kindern das Existenzminimum auch garantiert.“ Armut und Ausgrenzung von Kindern müssen endlich beseitigt werden, ebenso das bürokratische Nebeneinander von kinder- und familienpolitischen finanziellen Leistungen. DIE LINKE fordert, wie das „Bündnis Kindergrundsicherung“, eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von 628 Euro unbedingt einzuführen.

Laut Bundesverfassungsgericht hat das kindliche Existenzminimum eine hohe Bedeutung, die über seine steuerliche Freistellung hinausgeht. Aktuell beträgt die monatliche Höhe des verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimums 628 Euro.

Dies setzt sich zusammen aus dem sächlichen Existenzminimum (408 Euro) und dem Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung (BEA) (220 Euro). Dieses Existenzminimum muss für alle Kinder als garantiertes Kinderrecht gelten, nicht nur für diejenigen Kinder, deren Eltern Steuern zahlen können.

Mehr dazu unter http: //www.kinderarmut-hat-folgen.de/

Ermäßigte Mehrwertsteuer

Die jetzt von Thüringen ergriffene Bundesratsinitiative zur Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf sieben Prozent auch auf Hygieneartikel des täglichen Bedarfs hatte die Linksfraktion in der letzten Landtagssitzung zum Thema ihrer Aktuellen Stunde gemacht.

Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin, verwies in ihrer Rede auf die Tatsache, dass unter täglichem Bedarf nicht nur Grundnahrungsmittel wie Brot oder Milch verstanden werden, „sondern zum Beispiel auch Kaviar, Sammelmünzen, Schnittblumen oder dekorative Bilderwerke. Hygieneartikel wiederum und besonders Menstruationsartikel werden mit einem höheren Steuersatz von 19 Prozent besteuert. Damit werden sie nicht als Artikel des täglichen Bedarfs gewertet, sondern als Luxusartikel (…) Da fragt man sich doch: Was wird im Alltag gebraucht? Kaviar oder Sammelmünzen? Oder doch eher Tampons oder Binden. Die Periode ist kein Luxus, das wissen wir Frauen“.

Wie wichtig die Debatte um die Absenkung des Steuersatzes sei, zeige zugleich eine Petition im Bundestag, die die Senkung der Steuern auf Monatsprodukte auf den Weg gebracht habe. „Innerhalb von wenigen Tagen waren 81.000 Unterschriften für diese Petition auf den Weg gebracht und jetzt wird sich der Deutsche Bundestag mit diesem Thema befassen. Andere Staaten reagieren auf so eine diskriminierende Wirkung des Steuersatzes von Monatshygieneartikeln sogar mit der vollständigen Abschaffung von Steuern auf diese Produkte. An der Stelle kann ich nur sagen, wir sollten lernen von Irland, Australien, Indien oder Kenia“, betonte die LINKE Landtagsabgeordnete.

Und die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (LINKE), verwies zudem auf die Diskussion der Finanzminister der Länder im Hinblick auf eine „Weiterentwicklung des Umsatzsteuerrechts mit einfacheren Regeln, klaren Abgrenzungskriterien und weniger Betrugsanfälligkeit. Bei einer Prüfung der Ermäßigungstatbestände sollte dann insbesondere eine stärkere Entlastung von Familien erreicht werden, statt sogenannte Luxusgüter wie zum Beispiel Trüffel, Sammelmünzen oder Kaviar unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallen zu lassen“.

Für die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes sei „natürlich langfristig gesehen ein ausgewogenes und schlüssiges Gesamtkonzept notwendig“. Handlungsbedarf, so die Ministerin, „besteht nämlich weiterhin auch bei der Besteuerung der Verpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und vergleichbaren sozialen Einrichtungen. Diese Speisen werden nur in einem Teil der Einrichtungen ermäßigt besteuert. Die Voraussetzungen, die derzeit dazu führen, sind von den Eltern kaum zu beeinflussen“.

» Pflegenotstand

Die LINKE-Fraktionen im Thüringer Landtag und im Bundestag laden für Dienstag, 3. September, zum Thüringer Krankenhaus-Ratschlag in den Landtag nach Erfurt ein. Unter dem Motto „Aktiv werden gegen den Pflegenotstand!“ geht es darum, sich über Erfahrungen im Kampf um gute Arbeit und gute Pflege auszutauschen, die Strategien auf den unterschiedlichen Ebenen (Betrieb, Tarif, Politik) zu verknüpfen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Ministerpräsident Bodo Ramelow hält ein Grußwort. Außerdem spricht Gesundheitsministerin Heike Werner darüber, was die Landesregierung gegen den Pflegenotstand tun kann. *www.die-linke-thl.de/nc/termine/aktuell/detail/news/aktiv-werden-gegen-den-pflegenotstand/*

» Hochzeiten

Im Jahr 2018 haben sich vor Thüringer Standesämtern 10.406 Paare das Ja-Wort gegeben, darunter 441 gleichgeschlechtliche Paare. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, waren das 794 Paare mehr als im Jahr zuvor, was einem Anstieg von rund acht Prozent entspricht. Im Vergleich der vergangenen 28 Jahre liegt 2018 deutlich über dem Durchschnitt von 9.216 Eheschließungen pro Jahr. In 270 Fällen wurde eine bereits bestehende Lebenspartnerschaft in eine Ehe umgewandelt. Den 238 Frauenpaaren standen 203 Männerpaare gegenüber. Die meisten Eheschließungen gab es 2018 in Erfurt mit 1.028, gefolgt vom Landkreis Gotha mit 742 Ehen und dem Wartburgkreis mit 610 verheirateten Paaren.

» Berufsschulen

Die Thüringer Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und das Bildungsministerium haben gemeinsam eine Initiative zur Qualitätssteigerung an den Thüringer Berufsschulen gestartet und am 14. August eine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Insbesondere sollen Unterrichtsausfall vermieden und die Praxisnähe des Lehrpersonals verbessert werden. Die Digitalisierung der Berufsschulen soll vorangetrieben werden, Inklusion und Integration sollen gefördert und ermöglicht werden. Optimiert werden müsse die Steuerung des Berufsschulnetzes bei gleichzeitigem Ausbau des Qualitätsmanagements an berufsbildenden Schulen.

Mehr als 1,38 Millionen Euro gespendet

„Es ist toll, dass Sie so vielen Vereinen mit einem Teil Ihrer Diäten unter die Arme greifen“

Einen sehr erfreulichen Auftakt hat die erste Fraktionssitzung der LINKEN im Thüringer Landtag nach der parlamentarischen Sommerpause am 21. August. Zu den Abgeordneten gekommen war die Vorsitzende des Schulfördervereins der Gemeinschaftsschule Kerspleben (bei Erfurt), Grit Hölzer, die auch eine Elternvertreterin und einen Schüler stellvertretend für alle mitgebracht hatte.

Es war der Vorsitzenden des Schulfördervereins ein Bedürfnis, sich für die Unterstützung durch den von den Abgeordneten gegründeten Verein Alternative 54 e.V. zu bedanken. Diese hat es möglich gemacht, dass alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam weiter im Projekt „Digitaler Unterricht“ lernen können.

Diese Hilfe sei eine gute Sache und so gar nicht selbstverständlich, hatte Grit Hölzer betont und erklärt: „Wir sind heute hier, um uns ganz herzlich bei Ihnen für Ihre Spenden zu bedanken. Ohne Sie hätte der Förderverein in den letzten Jahren die Schule nicht beim Pausenhofprojekt, einzelne Schüler nicht bei der Abschlussfahrt der 10. Klasse und Eltern bei der Anschaffung digitaler Endgeräte unterstützen können. Sie haben uns geholfen, das Schulleben attraktiver zu gestalten und Schüleraugen sowie Eltern- und Lehreraugen zum Leuchten zu bringen.“

Diese letzte Spende an die Kersplebener Gesamtschule war bereits die 3.695. Zuwendung, die durch die Alternative 54 ausgereicht werden konnte. Grit Hölzer sagte: „Es ist toll das Sie so vielen Vereinen und letztendlich Menschen dieser Gesellschaft mit einem Teil Ihrer Diätenerhöhung unter die Arme greifen und dadurch einen großen Beitrag für alle leisten.“

Seit der Gründung der Alternative 54 im Jahr 1995 - damals noch durch die PDS-Landtagsabgeordneten - wurden mit Stand vom 31. Juli 2019 1.385.040 Euro an gemeinnützige Vereine und Projekte in Thüringen gespendet.

Entschädigungen

Bürgermeister

Bürgermeister, Landräte und Beigeordnete in Thüringen sollen mehr Geld bekommen. Eine entsprechende Verordnung, die im Kabinett beraten werden muss, sei vorbereitet, hieß es aus dem Inneministerium. Vorgesehen ist, dass hauptamtliche kommunale Wahlbeamte zwischen 500 und 800 Euro brutto mehr erhalten.

Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, begrüßte diese Ankündigung und sagte: „Jetzt sollte aber auch eine Anpassung der Höhe der Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten vorgenommen werden. Die letzte Anpassung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister und Beigeordnete erfolgte im Jahr 2009. Da wird es Zeit, auch hier zu handeln“, erklärte der Abgeordnete.

Wenn für hauptamtliche Bürgermeister, Landräte und Beigeordnete die Bezahlung verbessert wird, sollte auch bei den vielen ehrenamtlichen Amtsinhabern nachgezogen werden. Im Juli 2019 hatte der Thüringer Kommunalminister in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt, dass über diese Frage entschieden werden soll, wenn die Gemeindeneugliederungen im Wesentlichen abgeschlossen sind (vgl. DS 6/7505). „Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zügig zu Verbesserungen auch für die ehrenamtlichen Bürgermeister und Beigeordneten kommt“, betonte Frank Kuschel.

Feuerwehren mit Zulauf

Thüringer Brand- und Katastrophenschutzbericht veröffentlicht

Offenbar greifen von Rot-Rot-Grün beschlossenen Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder bei der Feuerwehr, Jugendfeuerwehr und bei ehrenamtlich Aktiven, wie aus dem jetzt veröffentlichten Brand- und Katastrophenschutzbericht 2018 hervorgeht.

Herausforderungen, wie die Zunahme auf 34.169 Einsätze, insbesondere durch Brandbekämpfung in Wäldern, machen deutlich, dass wir weiter gute Rahmenbedingungen für Aus- und Weiterbildung, moderne Ausrüstung, eine funktionierende Brandschutzerziehung und die Attraktivität des Ehrenamtes brauchen“, sagte Steffen Dittes, Innenpolitiker der Linksfraktion.
Er verwies auf die Mittel dafür: In diesem Jahr 26 Millionen Euro für den Brand- und Katastrophenschutz und für die Feuerwehr. Nochmals mehr als 15 Millionen Euro drauf im nächsten Jahr, für bessere Ausrüstung, Fahrzeuge und Ausbildung.

Nach dem rückläufigen Trend der letzten Jahre stieg die Zahl der kommunalen Feuerwehrangehörigen um drei Prozent auf 59.557, die der aktiven Feuerwehrangehörigen in den Einsatzabteilungen um 2,7 Prozent auf 34.762, der Frauenanteil um 4,37 Prozent und der Anteil der Mitglieder in den Jugendfeuerwehren um fast fünf Prozent. Steffen Dittes führte dies auf die umfangreichen Maßnahmen der Koalition zurück. Dazu gehörten die Mitgliederkampagnen, Erhöhung der Mittel für den Feuerwehrverband, Schaffung eines Ehrenamtskoordinators, bessere rechtliche Rahmenbedingungen.

„Den Feuerwehrangehörigen gebührt unser großer Dank, denn oft

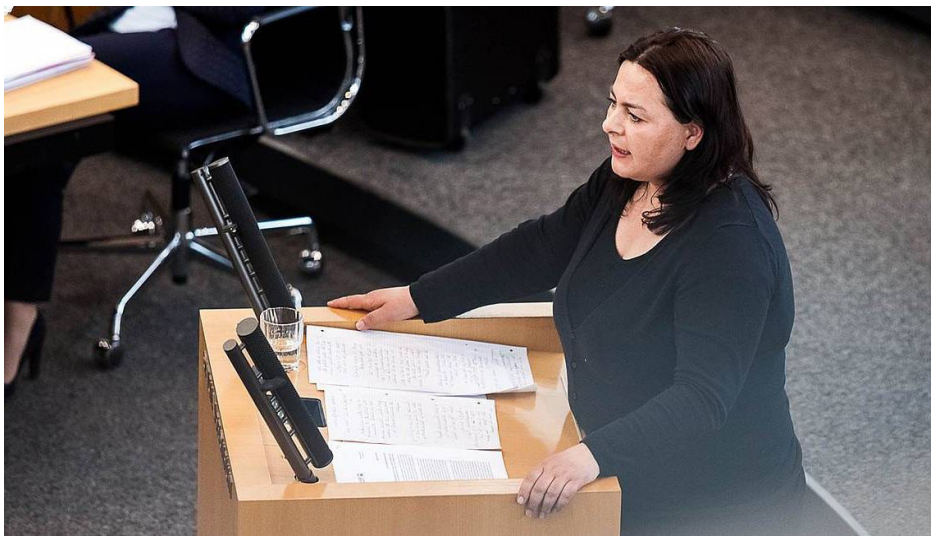
retten sie unter Einsatz ihrer Gesundheit und zum Teil auch ihres Lebens das Leben anderer. 2018 konnten so 3.597 Menschen aus akuten Gefahren oder Lebensgefahren gerettet werden. Die Mitglieder der Feuerwehren leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit.“
Um die Ausbildungssitutation in Bad Köstritz zu verbessern, wird die Modernisierung weiter vorangetrieben wird auch das Personal gestärkt. Um die Situation weiter zu entspannen, hat Rot-Rot-Grün im Haushalt für 2020 zusätzliche 400.000 Euro für Lehrkräfte bereitgestellt und die Feuerwehrzulage auf alle Beamten und Anwärter des feuerwehrtechnischen Dienstes ausgeweitet. Insgesamt werden die Personalausgaben an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule ab 2020 um fast eine Million Euro auf 2,6 Millionen erhöht.

Steffen Dittes weiter: „Dass der Innenminister erklärte, dass es nun auch eine höhere Entschädigung für Feuerwehrleute gibt, begrüßen wir. Damit wird der vom Landtag beschlossene Antrag von DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2017 (DS 6/4787), der die Landesregierung genau dazu aufforderte, umgesetzt. Auch die Novellierung der Katastrophenschutzverordnung wird bis zur Landtagswahl im Oktober sicher noch abzuschließen sein.“

An den Wurzeln packen

Katharina König-Preuss in der Landtagsdebatte zum Rechtsrock

Der Thüringer Landtag hatte sich in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause am 3. Juli mit dem Thema „Extreme Rechte an den Wurzeln packen – Rechtsrock in Thüringen konsequent bekämpfen" befasst, das die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen ihrer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Im Folgenden Auszüge aus dem Plenarprotokoll mit der Rede von Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE:



Ich muss kurz erst mal das klarziehen, dass hier gerade von der AfD gesagt wurde, „Schauen Sie weg" im Hinblick auf Rechtsrockkonzerte, von denen zumindest der überwiegende Teil der Abgeordneten hier im Hause, glaube ich, sehr wohl weiß, wohin sie, diese Rechtsrockkonzerte, führen können. Ich will es mal an einem Beispiel machen.

Am Freitagabend spielt in Themar „Oidoxie". „Oidoxie" ist die deutsche „Combat 18"-Band. „Combat 18" ist der militante und bewaffnete Arm von „Blood and Honour". „Blood and Honour" wurde im Jahr 2000 verboten, „Combat 18" nicht, was alle, die sich damit beschäftigen, nicht nur irritiert, sondern bis heute fragen lässt, was bitte damals eigentlich das Bundesinnenministerium gemacht hat und warum der militante und bewaffnete Arm „Combat 18" nicht verboten wurde.

„Da die AfD sich wieder ins rechte Abseits gestellt hat"

Diese Band spielt am Freitag, diese Band zieht natürlich „Combat 18"-Mitglieder an und ich sage bewusst „Mitglieder", auch wenn so einige Sicherheitsbehörden die Strukturen bis heute nicht erkennen wollen und sagen, es würde sich nur um lose, um einzelne Personen handeln, unter anderem in Thüringen seien es nur Einzelpersonen und keine Struktur.

Wir fordern schon länger, nicht erst seit dem Mord an Herrn Lübcke, das Verbot von „Combat 18". Ich will aber nicht bei „Combat 18" nur bleiben, übrigens der Kopf von „Combat 18" in Deutschland wohnt seit einigen Monaten in Eisenach. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, da mal etwas dagegen zu tun, und vielleicht sollte dieses An-den-Wurzeln-Bekämpfen auch bedeuten, dass man die Oberbürgermeisterin in Eisenach in ihrem Engagement gegen die NPD unterstützt, anstelle sie dafür zu kritisieren, dass sie Patrick Wieschke, der unter anderem wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag verurteilt wurde, nicht die Hand gibt. Da die AfD aber sich hier mit ihrer Rede mal wieder so schön ins rechte Abseits gestellt hat und meinte, man könne ja wegschauen und es hätte ja alles gar nichts mit irgendwas zu tun, will ich mal einen Hinweis geben.

Der geständige Mörder von Herrn Lübcke war unter anderem Mitglied der Artgemeinschaft, einer völkischen Organisation. In dieser völkischen Organisation ist zum Beispiel Ralf Wohlleben, nachdem er letztes Jahr aus der Haft freigekommen ist, aufgenommen worden.

Er lebt mittlerweile bei dem Chef der Artgemeinschaft in der Nähe von Thüringen. Sie haben einen Mitarbeiter angestellt, der auch Mitglied der Artgemeinschaft war. Der war aber nicht nur Mitglied der Artgemeinschaft, der war auch Mitglied der FAP, einer verbotenen Neonazipartei, der Wiking-Jugend und der Nationalistischen Front.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Lügen Sie doch nicht so rum!)

Wissen Sie was? Zeigen Sie mich an. Klagen Sie auf Unterlassung!

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie haben Immunität! Ich bin nicht so dumm!)

Und sorgen Sie dafür, dass Sie das, was Sie hier sonst in diversen Reden probieren, auch in der Praxis umsetzen, und das bedeutet, Mitarbeiter, die in mehreren Neonaziorganisationen über Jahre hinweg tätig waren, nicht im Thüringer Landtag zu beschäftigen.

Ich finde das, was die Thüringer Landesregierung jetzt in Themar für das Wochenende macht, richtig gut. Und ich bin, glaube ich, keine, die oft irgendwas gut findet, wenn es aus dem Innenministerium kommt, sondern bin eher für eine kritische Perspektive bekannt, insofern hoffe ich, dass die Anerkennung, insbesondere an die neu gegründete Taskforce, da auch ankommt und an die Menschen geht, die sich dafür eingesetzt haben, die diese Taskforce errichtet haben und die das jetzt auch umsetzen.

„Das Problem ist weder Die Linke noch Antifaschisten"

Die Taskforce wird allerdings nicht verhindern können, was am Wochenende in Themar geschieht, was am Wochenende in Kirchheim geschieht, was am Wochenende zumindest in Teilen möglicherweise auch beim sogenannten Flügeltreffen geschieht, das gibt es ja auch noch. Und wenn es darum geht, Rechtsrock, Neonazis an den Wurzeln zu bekämpfen, dann heißt das, nicht erst dann anzufangen, wenn sie mit Combat-18-Tätowierungen auf dem Kopf wie ein bekannter Thüringer Neo-Nazi herumlaufen, sondern es bedeutet im ganz Kleinen anzufangen.

Herr Walk (CDU-Abgeordneter, d.R.), das richtet sich jetzt konkret an Sie, in Eisenach ist das Problem weder Die Linke noch Antifaschistinnen und Antifaschisten. In Eisenach ist das Problem rechts. Sie sollten in Eisenach Ihren Fokus darauf richten, mit denen, die sich gegen rechts engagieren, gemeinsam dagegen vorzugehen und nicht mit einer dauerhaften Kritik aufzufallen.

Protokolle der Reden der Landtagsabgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/

Digitalisierung

Polizei 4.0

Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen hatten mit ihrem Antrag „Polizei 4.0 - Mit Digitalisierung und Modernisierung fit für die Zukunft" die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur Digitalisierung der Polizei vorzulegen. Eine Konzeption dazu wurde am 13. August im Kabinett behandelt, was Steffen Dittes, Innenpolitiker der Linksfraktion, veranlasste zu erklären: „Der Digitalisierungsprozess bei der Polizei nimmt Fahrt auf. Wir wollen, dass jeder Polizist in Thüringen Anzeigen nicht mehr mit Stift und Papier aufnehmen oder doppelt in Computersysteme eingeben muss. Es ist eine flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten - wie Smartphones und Tabletts sowie verschlüsselte Messenger - vorgesehen, um Kommunikation, mobiles Arbeiten und taktisches Vorgehen unter den Polizeikräften zu verbessern."

Bereits für den Doppelhaushalt 2018/19 hatte Rot-Rot-Grün im Landtag dafür zusätzliches Geld auf den Weg gebracht. Mit dem Haushalt 2020 wurden insgesamt 56 Planstellen für den Aufbau der neuen Zentralstelle Polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik (ZpIuK) im Landeskriminalamt beschlossen. Die Linksfraktion begrüßt, dass die Landesregierung weitere Anregungen der Koalitionsfraktionen aufgreift. Dazu gehören ein Internetzugang für jeden polizeilichen Computerarbeitsplatz, die weitere Professionalisierung des Social Media-Teams der Polizei und der Ausbau digitaler Fähigkeiten und Kompetenzen von Polizeivollzugsbeamten. Dass die Bildungseinrichtungen derzeit eine e-Learningplattform konzipieren, die im Herbst zur Verfügung stehen soll, ist ein weiterer sinnvoller Schritt, um den Wissenstransfer insbesondere im Fortbildungsbereich zu verbessern und die Kollegen vor Ort besser und schneller an aktuelle Entwicklungen anzubinden.

Unverständlich sei jedoch, dass Thüringen bei der Online-Wache nicht mit der Entwicklung in den anderen Bundesländern Schritt hält. „Wir fordern die Online-Anzeigenaufnahme nun bereits seit sechs Jahren. Es ist ernüchternd, dass dieser Prozess so schleppend verläuft. Die Bedenken des Innenministeriums, dass womöglich eine Anzeigen-Schwemme drohe, sind für uns nicht nachvollziehbar und auch die Polizei anderer Bundesländer berichtet nicht davon. Gerade angesichts der Digitalisierung sowie der vielen Straftaten im Internet und Social Media-Bereich ist es absurd, diese Möglichkeit zur Erkennung und Verfolgung von Straftaten so lange ungenutzt zu lassen. Der Prozess muss deutlich gestrafft werden, auch aus diesem Grund haben wir im Juni weitere 150.000 Euro für den Haushalt 2020 bereitgestellt und hoffen, dass hier endlich mehr Bewegung reinkommt."

Nebenbei notiert

OHOberhof

KOMMENTAR VON
MDL KNUT KORSCHEWSKY

Die neue Tourismus-Kampagne „Klein, aber OHOberhof!“ ist wichtig und richtig. Nichtsdestotrotz muss dieses Jahr und dann auch in der geplanten Fortführung der Kampagne die Vernetzung und die Synergie mit dem Sportlermarketing aus Oberhof sowie der Dachkampagne „Thüringen entdecken“ der Thüringer Tourismus Gesellschaft gelingen.

Ich meine, der Geist der Kampagne trifft ins Schwarze (und natürlich ins Weiße) . Oberhof muss als Ganzjahresdestination betrachtet werden. Bisher ist es leider nur für den Winter- und Spitzensport ein Aushängeschild. Doch die Region Oberhof hat viel mehr zu bieten und die Kampagne geht dieses Thema mit Witz und Charme an. Auch die geplanten Kanäle für die Zielgruppenansprache wirken vielversprechend.

In den letzten Jahren sind die Übernachtungszahlen in Oberhof leider zurückgegangen, allen Bemühungen zum Trotz. Doch mit den anstehenden bzw. laufenden Großinvestitionen in der Hotelbranche sowie dem ganzheitlichen Konzept, das die Sportstätten auch über die kommenden beiden Weltmeisterschaften 2023 hinaus auf touristischer Seite sowie in Punkto Energie und Umwelt nachhaltig aufstellt, sind wir gut gerüstet.

Hoffentlich werden auch die Thüringerinnen und Thüringer wieder neuneugierig auf Oberhof. Denn die Erholungsmöglichkeiten durch die Sanftheit des Tourismus in der Region, gepaart mit den Kleinoden, sind wohl vielen auch hier im Land zu wenig bekannt. Ich kann‘s allen nur empfehlen: Oberhof ist ein Geheimtipp zum Urlauben und zum Wiederkommen..

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Auf den Prüfstand

Nachrichtendienstähnliche Befugnisse der Polizei kontrollieren

Das Oberlandesgericht Thüringen musste laut MDR vom 9. August im Mordfall Ramona Kraus den Beschuldigten aus der Untersuchungshaft entlassen, nachdem es einen Mangel an Beweisen feststellte und den Einsatz von verdeckten Ermittlern kritisierte. Diese seien über das Ziel hinaus geschossen und hätten eine aufwendig konstruierte Scheinwelt um den Täter erschaffen. Dazu Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:

Für die strafrechtliche Aufklärung des Falls ist das eine fatale Entwicklung. Die dafür ursächliche Arbeitsweise der verdeckten Ermittler muss auf den Prüfstand gestellt werden. Der Bereich der nachrichtendienstähnlichen Befugnisse in der Polizei bereitet uns immer wieder Sorgen, also auch der Einsatz von Verdeckten Ermittlern (VE) und Vertrauenspersonen (VP), gerade wegen der mangelnden Kontrollmöglichkeiten.

Es ist unverständlich, warum diese Befugnisse im Bereich der Polizei - anders als beim Verfassungsschutz, für den immerhin eine eigenständige, wenn auch nur mit geringen Kompetenzen ausgestattete Kommission gesetzlich vorgeschrieben ist - einer parlamentarischen Kontrolle bislang entzogen sind. Wir sollten daher künftig die nachrichtendienstähnlichen Befugnisse der Polizei ebenso parlamentarisch in einem Ausschuss begleiten und kontrollieren.

Die Thüringer Polizei - einschließlich der Kriminalbeamten - erledigt eine gute Arbeit. Auch die Soko ‚Altfälle‘ hat mit der Aufklärung und Verurteilung im lange ungelösten Kindermordfall Stephanie einen herausragenden Erfolg verbuchen und nach 27 Jahren des Wartens der Familie entscheidende Antworten geben können.

Greifen jedoch Maßnahmen in besonders sensible Bereiche der Menschen ein, ganz gleich in welchem Deliktsbereich, müssen diese genau abgewogen und geprüft werden. Eine parlamentarische Kontrolle im Bereich dieser Mittel könnte auch für mehr Rechtssicherheit bei den handelnden Beamten führen, denn die Grundlage bei der Kriminalitätsbekämpfung sind rechtssichere und überprüfbare Verfahren, die letztlich auch vor Gericht Bestand haben und zu Verurteilungen führen. Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsmaßnahmen und gewonnene Erkenntnisse nützen nichts, wenn sie am Ende nicht gerichtsverwertbar sind. Hier braucht es klare Regeln, bei denen die Rechtsprechung der Gerichte berücksichtigt werden müssen.

Es ist daran zu erinnern, dass es in den letzten Monaten wiederholt Probleme bei der Kontrolle nachrichtendienstähnlicher Befugnisse bei der Polizei in Thüringen gab. So war es weder den Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses noch einem vom Innenministerium eingesetzten Sonderbeauftragten möglich, Verbindungen von Vertrauenspersonen (VP) im Bereich der organisierten Kriminalität zur rechten Szene tiefgründig zu überprüfen.

Es handelt sich um eine bestehende Kontrolllücke, die es zu schließen gilt. Auch die umstrittenen rechtlichen Grundlagen für den Einsatz von Vertrauenspersonen gehören auf den Prüfstand, damit auch künftig eine professionelle und rechtskonforme Ermittlungsarbeit möglich ist.“

Freifahrten auch für Freiwilligendienstleister

Berufssoldaten können ab 1. Januar 2020 kostenlos mit der Bahn fahren. Die Linksfraktion unterstützt Forderungen des Paritätischen Gesamtverbandes nach kostenlosem Bahnfahren für alle, die einen Freiwilligendienst leisten.

„Wenn Bundeswehrsoldaten nun kostenlos Bahnfahren dürfen, wäre es nur gerecht, wenn Menschen im Bundesfreiwilligendienst dies auch ermöglicht wird“, sagte Karola Stange, Sprecherin für Sozialpolitik der Linksfraktion im Landtag, auch mit Blick auf die geringe Aufwandsentschädigung im Freiwilligendienst. „Ein solcher Schritt würde auch den Tausenden in den Bundesfreiwilligendiensten Anerkennung und Respekt für ihre wichtige gesellschaftliche Arbeit im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich zollen.“ Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat inszwischen Gespräche mit der Deutschen Bahn über eine kostenfreie Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln auch für Freiwilligendienstleistende angekündigt. Sie finde eine solche Forderung „absolut richtig“, sagte Giffey. Eine komplette Umsetzung werde aber nicht von heute auf morgen möglich sein.

Ihr Konzept für die Reform des Jugendfreiwilligenjahres sehe einen Zuschuss für ein Ticket im öffentlichen Nahverkehr vom Wohnort zur Einsatzstelle vor.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler